

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. Dezember 1918

Anzeigenpreis: Vereins-, Vorbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 141

### Bekanntmachung

Am 30. November ist in Berlin der Buchdruckerrat zu einer Verhandlung zusammengetreten, um über weitere Maßnahmen für die Übergangswirtschaft zu beraten und zu beschließen.

Im Vordergrund der Beratung stand die Fürsorge für die Arbeitslosen; außerdem wurde über einige Streitfragen entschieden, die sich aus der Einführung der Beschlüsse 1—12 vom 18. November, veröffentlicht im „Korrespondent“ vom 23. November, ergeben haben.

In Sachen der Unterbringung der Arbeitslosen wurde die Art der Vermittlung der aus dem Heer Entlassenen zu ihren früheren Arbeitgebern beschlossen. Ebenso wurde die Durchführung der unter Ziffer 8 der Beschlüsse vom 18. November getroffenen Maßnahme betreffend die Unterbringung der übrigen Arbeitslosen beschlossen. Den Arbeitsnachweiser gehen die hierfür bestimmten Anweisungen und Drucksachen durch das Tarifamt noch in dieser Woche zu. Mit dem Empfange der Drucksachen treten die Beschlüsse in Wirksamkeit.

Der Buchdruckerrat faßte die nachstehenden weiteren Beschlüsse (Ziffer 1—12 siehe „Korrespondent“ vom 23. November):

13. Ein Recht auf Wiedereinstellung haben diejenigen Berufsangehörigen (Gehilfen oder Hilfsarbeiter), die in der betreffenden Druckerei am Mittwoch, dem 29. Juli 1914, dem Tage des drohenden Kriegszustandes, tätig waren, und von dieser Arbeitsstelle aus zum Heeresdienst eingezogen wurden.
14. Wer seine Stellung während des Krieges freiwillig aufgegeben hat, kann einen Anspruch auf Wiedereinstellung in die alte Stellung nicht erheben. Dies betrifft auch diejenigen Berufsangehörigen, die nach dem 1. Oktober 1915 vom Beruf abgegangen sind.
15. Die Wiedereinstellung hat zu erfolgen mindestens zu demjenigen Lohne, den der Befreiende bei seiner Einberufung erhalten hat zuzüglich der tariflichen Zeuerungszulagen. Hierbei sollen etwa erfolgte durchschnittliche Lohnerhöhungen während dieser Zeit entsprechend berücksichtigt werden. Sollte eine Einigung in der betreffenden Druckerei zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht erzielt werden, so haben die beiden Kreisvertreter bzw. die beiden Vorsitzenden des Schiedsgerichts nach Anhörung des Arbeiterausschusses vermittelnd einzugreifen. Gelingt ihnen eine Vermittlung nicht, so soll das Tarifamt entscheiden. Wiedereintritt in die alte Stellung soll durch die etwa noch offene Lohnfrage nicht behindert werden.
16. Der Divisor zur Ermittlung des Stundenlohnes ist die Ziffer 48.
17. § 6 Ziffer 4 des Tarifs verkürzt sich künftighin um eine Stunde, also von elf auf zehn Stunden. Dasselbe ist bei § 7 Ziffer 3 der Fall, nämlich von neun auf acht Stunden.
18. Beginn und Ende der täglichen achtstündigen Arbeitszeit kann innerhalb der bisherigen Arbeitszeit (§ 1 Absatz 1 des Tarifs) gelegt werden. Die Führung der Arbeitszeit am Arbeitsende ist anzustreben. Im Streitfall entscheidet das Tarifamt.
19. Ist bisher zwecks früheren Arbeitschlusses am Sonnabend an den andern Arbeitstagen vorgearbeitet worden, so sind gegen ein Fortbestehen dieses Vorarbeitens Einwendungen nicht zu erheben. Bei Neueinführung der Vorarbeit müssen beide Parteien sich verständigen.
20. Sollten einzelne Betriebe infolge Mangels an Gas oder Strom die Arbeitszeit nicht voll ausnützen können, so soll derjenige Teil des ausfallenden Arbeitsverdienstes, welcher vom Reich, Staat, der kommunalen Erwerbslosenfürsorge oder anderer Seite nicht getragen wird, je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden.
21. Diese Beschlüsse treten ab 8. Dezember in Kraft.

Berlin, den 2. Dezember 1918.

### Der Buchdruckerrat

Als Beauftragte: Rud. Illstein. Herbert W. Friedrich. Alb. Faber. C. Albrecht.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

### Das Ergebnis der Gauvorsteherkonferenz in Leipzig

Am 2., 3. und 4. Dezember fand die bereits von der Würzburger Generalversammlung für das eintretende Kriegsende vorgesehene Gauvorsteherkonferenz statt. Man war der nicht erst durch die neuen Ereignisse so ungünstig gewordenen Verhältnisse in Berlin wegen nach Leipzig gegangen, das bis zum Jahre 1891 die Konferenzstadt der deutschen Buchdrucker mit den Tagungen der früheren Tarifkommission gewesen ist, eine Vollberatung der Verbandsleitung mit den Gauvorstehern aber doch nicht gehabt hatte.

In den ersten Dezembertagen waren nun im Leipziger „Volkshaus“ 43 Männer versammelt, die den Kreis der Gauvorsteher, die Verbandsleitungen, die Zentralkommissionen der Sparten und den „Korr.“ vertraten. Sechs von diesen Funktionären konnten als aus dem Heeresdienste zurückgekehrt begrüßt werden. Drei Gauvorstände aber mußten noch Stellvertreter entsenden. Elsaß-Lothringen und Oberhein konnten nicht vertreten sein. Die auch für kurze Bahntrecken unglaublich langen Fahrzeiten und die gepreßten vollen Züge bezeugten augenfällig, unter welchen enorm schwierigen Verhältnissen diese Gauvorsteherkonferenz zustande kam. Das Zurückwählen der Heeresmänner aus dem Westen als Folge der auf allerschwersten Vollzug ausgehenden Waffenstillstandsbedingungen hat den Eisenbahnverkehr so gut wie lahmgelegt. Die Reisekapazitäten waren für die Konferenzteilnehmer derartig, daß leider der Kollege Dornis (Frankfurt a. M.) genötigt wurde, in Leipzig ein Krankenhaus aufzusuchen; ernstere Befürchtungen sind aber wenigstens nicht vorhanden.

Kollege Seitz, der mit einigen Konferenzteilnehmern direkt aus der Sitzung des Buchdruckerrats in Berlin kam, leitete als neuer Verbandsvorsitzender zum ersten Male die Verhandlungen, sie mit ehrenden Worten für

die gefallen und verstorbenen Mitglieder einleitend. So war in allem der diesmaligen Gauvorsteherkonferenz ein andres Gepräge gegeben. Man ging in Würzburg von wesentlich andern Voraussetzungen für sie aus. Auf der einen Seite liegt den militärischen, auf der andern den wirtschaftlichen Zusammenbruch mit Kohlenkatastrophe, Ernährungs- und Transportkrisis sowie beginnender riesiger Arbeitslosigkeit, auf drifter die sehr schweren Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland mit ernstest Befürchtungen auch unfres Verbandsgebietes, auf der vierten den plötzlichen Sturz des preuhisch-deutschen Systems, aber noch recht verworrene Zustände durch die Revolution — das gab der Leipziger Gauvorsteherkonferenz ein Bild, wie es von Schwierigkeiten krobender gar nicht denkbar ist. Diejenigen, die Ende August 1914 leben mußten, wie sie nach Berlin zur ersten Kriegsgauvorsteherkonferenz kamen, sind nicht im Zweifel, daß die damals als äußerst schwierig angesehenen Beratungen doch wie ein Kinderpiel anmuten gegen das, wie jetzt die Situation gelagert ist.

In der nächsten Nummer wird ein näheres Bild von den Verhandlungen entworfen werden, jetzt sollen nur die wichtigsten Beschlüsse

Anführung finden. Aus dem Verhandlungsgange wird sich ihre Begründung und Notwendigkeit noch ergeben. Wir wollen jedoch noch auf die an der Spitze dieser Nummer befindliche Bekanntmachung über die weiteren Beschlüsse des Buchdruckerrats verweisen, die im Zusammenhang mit den nachstehend zunächst folgenden Konferenzbeschlüssen stehen:

I. Zur Beschaffung und Regelung von Arbeit und Verdienst wie zur Beurlaubung von Arbeitern wurde nachstehende Entschliessung angenommen:

Die Gauvorsteherkonferenz betrachtet als wichtigste Aufgabe aller Berufsleute die Führung des gesamten Wirtschaftslebens, nicht nur die einzelner Industrie- und Gewerbestellen. Nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich,

einer fliegenden Arbeitslosigkeit zu steuern, den vom Heer Entlassenen Arbeit und Verdienst zu sichern, ohne die bisher Beschäftigten — ausschließlich der Erlasskräfte — von den Arbeitsplätzen zu vertreiben.

Die Konferenz begrüßt daher die dahingehenden Beschlüsse des Buchdruckerrats, insonderheit diejenigen, welche sich auf die Wiedereinstellung der am 29. Juli 1914 in den Betrieben Tätigen und von da zum Heer oder auf Grund des Hilfsdienstgesetzes Einberufenen beziehen. Reicht die Durchführung dieser Beschlüsse nicht aus, die vorhandenen Arbeitslosen im Gewerbe unterzubringen, so ist die Arbeitszeit entsprechend zu verkürzen, wobei zunächst Schichtwechsel Platz zu greifen hat. Für den aus der Verringerung der Arbeitsstunden erwachsenden Lohnausfall hat die Erwerbslosenunterstützung nach Maßgabe der erlassenen Verordnungen aufzukommen; der verbleibende Rest soll vom Arbeitgeber getragen werden.

Der Gehilfenmangel während des Krieges hatte eine verhältnismäßig vermehrte Einstellung von Lehrlingen zur Folge. Die gewerbliche Lage gestaffelt oder nicht, daß das Buchdruckergewerbe nicht neben den arbeitslosen Gehilfen auch noch eine größere Zahl von Lehrlingen neu aufnimmt. Daher fordert die Konferenz, daß bei den nächsten Terminen Lehrlinge nur ausnahmsweise eingestellt werden dürfen. Genaue Prüfung und Festsetzung soll dem Tarifausschusse bzw. Tarifamte vorbehalten bleiben.

Gelingt es nicht, eine Verbilligung des unerträglich verfeuertem Lebensunterhalts herbeizuführen, oder steigt die Steuerung noch weiter an, dann wird eine Erhöhung der Löhne bzw. Zeuerungszulagen unabweisbar. Die Konferenz beauftragt den Verbandsvorstand, zu gegebener Zeit die vorbereitenden Maßnahmen zu treffen.

Die an vielen Orten erfolgte prozentuale Kürzung der Gas- und Stromzuteilung nach dem Durchschnitt der Arbeitsfähigkeit von einzelnen Monaten im Jahre 1918 ist eine Benachteiligung des von den Kriegswirkungen besonders hart getroffenen graphischen Gewerbes. Die Rüstungsindustrie, welche in dieser Zeit mit Hochdruck produzierte, kann diese Kürzung ohne Beengung ertragen, nicht aber ein Gewerbe, welches in

dieser Monaten seinen gewerblichen Bestand zu verzeichnen hatte und das unter den schwierigsten Verhältnissen am Wiederaufbau arbeiten muß. Eine Milderung dieser Bestimmungen und bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse des Druckgewerbes ist im Interesse der Berufsangehörigen unerlässlich.

II. In Sachen des Organisationsvertrags nahm die Konferenz folgenden Standpunkt ein, der dem Deutschen Buchdruckervereine als Erklärung sogleich übermittelt wurde:

Der zwischen dem Verbands der Deutschen Buchdrucker und dem Deutschen Buchdruckerverein abgeschlossene Organisationsvertrag erlischt am 31. Dezember 1918. Eine Verlängerung über den genannten Termin hinaus oder eine Erneuerung in der bisherigen oder absehbaren Form wird zur Zeit nicht beabsichtigt.

Auch ohne Vorhandensein besonderer Abmachungen ist die Gehilfenschaft an der Aufrechterhaltung angemessener Druckpreise interessiert. Die Konferenz erklärt darum die Bereitwilligkeit des Verbandes, zur Erhaltung gesunder gewerblicher Verhältnisse gegen Preissteigerungen in Gemeinschaft mit den Prinzipalen von Fall zu Fall bis auf weiteres vorzugehen.

III. Über Beitragsleistung, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Behandlung der Kriegsteilnehmer, Kriegsverletzten usw. wurden folgende Grundregeln aufgestellt:

Während des Krieges ausgeleitete Kollegen, die sich sofort zur Aufnahme in den Verband gemeldet, die aber infolge Einziehung zum Militär nicht vollzogen werden konnte, sowie solche ausgeleitete Kollegen, die deshalb keine Gelegenheit mehr hatten, ihre Meldung um Aufnahme zu bewirken, sind, sofern sie nach ihrer Entlassung zum Militär sofort, jedoch spätestens innerhalb vier Wochen ihre Meldung um Aufnahme aufsuchen resp. vollziehen, vom Einschreibegelde befreit. Die Karenz zum Bezuge der Invalidenunterstützung beträgt 450 Wochenbeiträge.

Der Beitrag beträgt ab 31. Dezember 1918 bis auf weiteres 1,50 Mk. Da wir ganz ungeklärten Verhältnissen entgegengehen und sich die Mehrbelastung rechnerisch nicht erfassen läßt, so behält sich der Vorstand vor, gegebenenfalls eine weitere Beitragserhöhung einzutreten zu lassen.

Vom Militär zurückkehrende arbeitsfähige Mitglieder sind verpflichtet, sich in die tariflichen Arbeitsnachweise eintragen zu lassen, soweit sie nicht in ihren früheren Stellungen Aufnahme finden. Bei ihrer Anmeldung zum Verbands sind die Richtlinien zu beachten, die im „Merkmale für die im Seeresdienst stehenden Mitglieder“ niedergelegt sind.

In der Arbeitslosenunterstützung ausgesetzte oder bis zum 31. Dezember 1918 zur Auslieferung gelangende Kollegen erhalten die Unterstützung auf weitere 70 Tage (zehn Wochen).

Mitglieder, die zur Ortsunterstützung noch nicht bezugsberechtigt sind, aber mindestens 13 Wochenbeiträge entrichtet haben, erhalten, auch wenn sie in der Arbeitslosigkeit ausgesetzt waren, diese Unterstützung auf die Dauer von 70 Tagen am Orte (bei Ortsunterstützung am Ort ist der Gauzuschuß nicht zu gewähren). Wiederbetretene haben 26 Wochen Karenz. Voraussetzung ist jedoch, daß vor ihrer Militärzeit Beitragsrente nicht vorhanden waren.

Eingezogene Mitglieder, welche auf Verfügung der Militärbehörden in die besetzten Gebiete zur Arbeit in Buchdruckereien kommandiert und vom Verbandsvorstand von der Beitragspflicht befreit worden sind, treten nach ihrer Entlassung ohne weiteres in ihre Rechte.

Deutsche Mitglieder, die vor ihrer Tätigkeit im Gebiet eines gegenseitigen Vereines zur Ortsunterstützung in Deutschland bezugsberechtigt und infolge Einziehung zum Militär in die Heimat zurückkehren gezwungen waren, aber nach ihrer Entlassung infolge der im Ausland herrschenden Verhältnisse nicht dahin zurückkehren in der Lage sind und deren Familien ebenfalls nach Deutschland übersiedelt oder deren Überführung eingeleitet, treten in den Bezug der Arbeitslosenunterstützung, sofern ihre Eintragung in den zuständigen Arbeitsnachweise erfolgt ist.

Gegenseitige Mitglieder, die aus dem deutschen Verbandsgebiete zum Militär eingezogen und in ihrem Mutterverbands zur Arbeit im Bereiche kommandiert worden sind, treten, sofern sie im deutschen Verbands die Bezugsberechtigung zur Arbeitslosenunterstützung am Ort erlangt haben und ihre Familien in Deutschland anständig sind, bei ihrer Rückkehr in das deutsche Verbandsgebiet in ihre früheren Rechte. Ausgenommen hiervon ist das österreichische Verbandsgebiet, mit dem ein Gegenseitigkeitsverhältnis vereinbart worden ist.

Vom Militär entlassenen kriegsbeschädigten und von der zuständigen Verwaltung als arbeitsfähig betrachteten Kollegen, die nicht sofort Beschäftigung finden, ist die Ortsunterstützung auszusuchen, sofern sie nach den Vorstandsbeschlüssen bzw. nach den vorstehenden Bestimmungen dazu berechtigt sind. Mit Auszahlung der Ortsunterstützung, die nur erfolgt, um jede Härte zu vermeiden, wird die Anerkennung der Mitgliedschaft selbst noch nicht ausgesprochen; über diese kann endgültig erst dann beschloffen werden, wenn das kriegsbeschädigte Mitglied in Arbeit getreten. Die infolge der schnellen Demobilmachung ohne Abschluß des Rentenverfahrens aus dem Seeresdienst entlassenen kriegsbeschädigten Mitglieder sind, sofern sie voll arbeitsfähig und den Beruf ausüben können, zur Beitragsleistung sofort zugelassen. Der Kranken- und

Invalidenvorbehalt ist bis zur endgültigen Regelung (nach Abschluß des Rentenverfahrens) geltend zu machen. Die Arbeitslosenunterstützung ist im Falle der Arbeitslosigkeit zu gewähren.

Gemäß den vorstehenden Bestimmungen des Verbandsvorstandes empfiehlt es sich, auch den Mitgliedern, die auf Anordnung der Militärbehörde in andern Gauen tätig waren und dort Beiträge leisteten, die Zuschüsse zur Ortsunterstützung ohne jede Karenz zu gewähren, wenn die Betroffenen in ihren früheren Gau zurückkehren.

Bezüglich des Auslebens der Mitgliedschaft derjenigen Mitglieder, die vor dem Krieg im Ausland tätig waren, ohne in der Lage zu sein, zu einem Vereine Beiträge leisten zu können, mit dem wir in Gegenseitigkeit stehen, behält sich der Verbandsvorstand in jedem einzelnen Falle die Beschlußfassung vor.

In der Gauvorsitzerkonferenz bestand Einmütigkeit darüber, auch alle nicht nur in unsern gewerblichen Einrichtungen liegenden Möglichkeiten auszuschöpfen, um in unsern speziellen Verhältnissen vorwärts zu kommen und wieder zur Steifigkeit im wirtschaftlichen Betriebe zu gelangen. Es soll alles versucht werden, bei den öffentlichen Gewalten der jungen Republik dahingehend einzuwirken, das Nebeneinanderregieren und das Durchkreuzen in den Anordnungen zu befeitigen bzw. zu vermeiden sowie an Stelle der Willkürlichkeiten wohlwogener und einseitiges Handeln treten zu lassen. An die Kollegen draußen im Lande, die berufen sind, in den lokalen Behörden für des Volkes Wohlfahrt zu sorgen, ergeht der Appell auf tätiger Mitarbeit in diesem Sinne. Der Erfahrungsschatz der Gewerkschaften kann hier sehr nutzbringende Verwertung finden. Erfahrung ist beinahe ein Vermögen, das erst erworben werden muß. Daß die Gauvorsitzerkonferenz angelehrt der abnormen Lage wie den mit jedem Tag und mit jeder Zeitungsnummer immer noch hinzukommenden und sich vergrößern Schwierigkeiten mit bestem Willen nichts Festes schaffen konnte, liegt auf der Hand. So änderte sich die Situation während der Tagung fortgesetzt, selbst vom Vormittag zum Nachmittag. Die Beschlüsse der Leipziger Konferenz sind bei dem durchaus stilligen Zustand aller Dinge deshalb nur als der Ausdruck dessen anzusehen, was momentan möglich ist. Die Gauvorsitzer hätten sich in Permanenz erklären müssen, wenn den Anforderungen des Tages genügt werden soll. Der Wert der Tagung liegt mehr in der Informierung auf allen Gebieten. Die war ergiebig. Der Redeschuß im Anschluß daran reichlich, und zwar so, daß am zweiten Tage Beschränkung der Redezeit einsetzten mußte. Die Gauvorsitzer sind nun in der Lage, in den Mitgliedschaften aufklärend zu wirken. Der „Korr.“ wird bemüht sein, nach den Raumverhältnissen dazu ergänzend beizutragen, wie er vor der Konferenz das in seinen Kräften Stehende schon getan hat.

Wünsche die Tätigkeit dieser sicher in aller Erinnerung bleibenden, aber geleisteten und harmonisch verlaufenen Gauvorsitzerkonferenz trotz der gewiß nicht verhöhnungsvollen Ausschläge für unsere Organisation sowie für die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse doch noch einen Ausdruck finden, wie er mit dem geistigen und körperlichen Kraftaufwand der Konferenzteilnehmer einigermaßen in Einklang zu bringen ist. Wohl können sie nicht die ungeheuren Schwierigkeiten der Geburtszeit des neuen Deutschland bannen. Das traurige Kriegsende und die Ziele der revolutionären Umwandlung in einen das hart geprißte deutsche Volk faktisch befriedigenden Ausgange zu bringen, erscheint als titanische Aufgabe, deren Schwere Vorstellung schon muflos machen kann. Aber wenn das die ganzen Verhandlungen durchziehende Leitmotiv: Wirbeln und nochmals arbeiten! auch von dem Letzten unter uns verstandsgemäß aufgenommen wird, dann ist zum mindesten die Entschlossenheit selbstbewußter Kraftleistung vorhanden, mit der schon viel gewonnen werden kann. Ohne Pose und Phrasen, keinen Augenblick auf die gesunde Vernunft verzichtend, nicht in Veruchung geratend, unserm Gewerbe die erlegenden Hürden zu schlichten, so sollen bei uns „Oben“ und „Unten“ zusammenwirken. Gerade jetzt!

Trotz aller geistlichen Schwere konnten unsere Volksbeauftragten während der drei bzw. vier Tage doch manchen interessanten, guten und sogar erfreulichen Einblick in die ihres Wesenszuges in dem großen Bilde der Arbeiterbewegung wegen nicht sonderlich beliebte große Stadt an der Pleiße gewinnen. Der exakte Großbetrieb des „Vollshauses“ ließ einen jeden Vergleiche ziehen, auch mit den künstlerischen Darbietungen an dem üblichen Mittwochsamstagenabenden, die stets aus dem Leipziger Aussehen. In der Quartierfrage gab es kleinerer Richtungsstreif. Der Leipziger „Gutenberg“ fand mit einem kleinen aber klugartigen Aufgebote seiner Gänger zu dem schlichten Begrüßungsabende vollsten Beifall. Hoffentlich kann zu diesen erquicklicheren Seiten der Bundestagsitzung in Leipzig hinzugefügt werden, daß die Heimreise und das Wiederantreffen der Verhältnisse dabei nicht wenigstens nicht noch schlechter gefallen hat. So bescheiden sind wir schon geworden in unsern Anforderungen. Aber mit dieser Be-

cheidenheit möchten wir bald wieder aufhören, wollen wieder Menschen sein und unter Verhältnissen leben, das von einem wirklichen Leben gesprochen werden kann. Möge also das neue Deutschland bringen, was das alte nicht zu bringen vermochte!

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Generalversammlung am 28. November 1918.) Die Versammlung, an der auch die Vertrauensleute teilnahmen, war außerordentlich stark besucht. Kollege Massini begrüßte den zum erstmalig anwesenden Verbandsvorsitzenden Seif auf das herzlichste und wünschte ihm in seinem neuen Wirkungskreise vollen Erfolg. Sodann widmete er dem plötzlich verstorbenen Vorsitzenden des Berliner Maschinenmeistervereines, Otto Birks, der lange Jahre auch dem Gauvorstand angehört hat, einen warm empfundenen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken durch Erheben von den Plätzen. Den Situationsbericht gab dann Kollege Massini. Mit schwingvollen Worten feierte er die Erfolge der Revolution und wies darauf hin, wie sich die neue Regierung Mühe gebe, Gesetze zum Wohle des Volkes herauszubringen; finde sie doch nach dem langen Krieg einen Trümmerhaufen vor. Da gelte es, wieder aufzubauen. Er habe aber das Vertrauen zur Arbeiterklasse, daß es ihr gelingen werde, das Zerfallene wieder so aufzurichten, daß das Volk glücklich werde. Parteien werde es immer geben; immer Menschen, die anderer Meinung sind. Aber jetzt müßten alle einig sein in dem Gedanken: Frieden, Arbeit und Brot! Durch das Zurücktreten der Arbeiter entfesse auch für uns die Sorge: wie schaffen wir Arbeit und Gristen für unsre heimkehrenden Kollegen? Trotz des Zwanges zur Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer wachse die Zahl der Arbeitslosen von Tag zu Tag. Der Verbandsvorstand habe dem schon in einer Bekanntmachung inoffizieller Rechnung gefragen, als auch an Ausgesetzte und Nichtbezugsberechtigte Arbeitslosenunterstützung gezahlt werde. Aber im Verband ist noch mehr zu tun. Es sei daran zu denken: Was ist für die Förderung der Gesamtinteressen der Gehilfenschaft zu tun? Hierzu finde in Leipzig eine Gauvorsitzerkonferenz statt, die sich mit Maßnahmen für die Übergangszeit zu beschäftigen habe. Eingehende Würdigung fanden dann die letzten Beschlüsse des Tarifamts zur Demobilisation, die im einzelnen besprochen wurden. Dem neugegründeten Buchdruckeramt hielt Redner für überflüssig; er habe sich auch sofort dagegen gewendet. Bei einer Ansprache mit dem Verbandsvorstand wurde die Bedeutung des Buchdruckeramts dahin erklärt, daß sich die Notwendigkeit ergeben habe, bei den schwierigen Fragen der Demobilisation das Tarifamt zu erweitern, um seinen Beschlüssen eine größere Basis zu verleihen. Durch die vielen Verordnungen des Vollzugsausschusses, die meistens örtliche Bedeutung hätten, sei in allen diesen Fragen eine örtliche Verständigung mit den Prinzipalen notwendig. Der Gauvorstand habe deshalb beim Tarifamt beantragt, eine Kommission mit den Berliner Prinzipalen einzulernen zur Regelung dieser rein örtlichen Angelegenheiten. Der Verbandsvorstand habe dem zugestimmt. Sollten die Berliner Prinzipale jedoch ablehnen, so müsse der Gauvorstand die Sache selbst in die Hand nehmen. Kurze Erläuterung fanden zum Schluß noch die neugegründeten Betriebsräte und die Erwerbslosenfürsorge für Groß-Berlin. Kollege Schlegler gab noch kurz die Einzelheiten dieser Erwerbslosenfürsorge bekannt. Kollege Behke vermißte im Berichte Massinis Anträge des Gauvorstandes zur Gauvorsitzerkonferenz, die sich mit der Lage der Gehilfenschaft in finanzieller Hinsicht befaßten. Wenn bei den Metallarbeiterstreiks in den letzten Tagen Lohnforderungen gestellt und auch bewilligt worden wären, die als überplannt zu bezeichnen seien, so sei damit nicht gesagt, daß bei uns Buchdruckern mit den jetzt gezahlten Löhnen zu existieren ist. In Berlin haben sich die Preise für alle Lebensbedürfnisse auf den Metallarbeiterlöhnen auf. Durch Fortfall der Arbeiterlöhne und der Zuschüsse in andern Betrieben wäre das Einkommen für viele gesunken. Die Zeitungsmedien über den Buchdruckeramt hätten in der Kollegenchaft Misträuen und Beunruhigung hervorgerufen. Der Aufständebund sei einschließlich der Pausen durchzuführen. Im Berliner Arbeitsrat würde man sich über unsre Verhältnisse wundern. Redner stellte einen Antrag im Sinne seiner Ausführungen. In der weiteren, sehr lebhaften Diskussion bewegten sich die Ausführungen der Redner im großen und ganzen im Sinne derjenigen des Kollegen Behke. Von allen wurde eine wesentliche Verbesserung der Lohnverhältnisse für unbedingt notwendig erklärt. Kollege Seif sprach alsdann seinen Dank für die freundliche Begrüßung durch den Vorstand aus. Die viele Kritik, die heute geübt worden, sei, daß vieles nicht so aufgelöst worden sei, wie es aufgelöst werden sollte. Der Aufständebund ausschließlich der Pausen sei von der Regierung angeordnet worden. Für uns sei diese Frage sofort vom Tarifamt sprechbar gemacht worden. Das Verlangen einer Lohnverbesserung für Berlin könne er verstehen. Dem Gauvorstand sei mit dem Antrag auf Bildung einer örtlichen Kommission Unterstützung zuteil geworden. Was in unsern Kreisen stehe, solle für die Berliner geschehen, aber maßvolle Forderungen müßten aufgestellt werden. Der Bewilligungsgesetz der Großbetriebe in der Metallindustrie, die bisher doch zu den schlimmsten Arbeiterfeinden gehörten, sollte den Arbeitern zu denken geben. Mit hohen Löhnen, die zuletzt die Allgemeinheit zahlen müsse, scheine man dort die Revolutionen zuzubringen zu wollen. Prinzipielle Einwände gegen die Beschlüsse des Buchdruckeramts seien nicht gemacht worden. Was dort beschloffen werde, gelte nicht nur für



Berlin, sondern für das ganze Reich. Würde die Provinz zurückbleiben, so würde die Arbeitslosigkeit in den Großstädten eine noch größere werden. In der jehigen schnelllebigen Zeit sei der Tarifausgleich ein komplizierter Apparat. Es habe sich das Bedürfnis nach einer kleineren Körperlichkeit geltend gemacht, die an Stelle des Tarifausgleiches die notwendigen Beschlüsse zu fassen habe. Das sei der Buchdrucker, dessen Kern das Tarifamt bilde. Man dürfe nicht mit Vereingemessenheit an die Verteilung dieser Lasten herangehen. Wir gingen sehr schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen entgegen. Der schlechte Kriegsausgang bringe uns riesige Lasten. Wir würden gezwungen sein, uns erst den Westmarkt wieder zu erobern, um die Kriegsschadigungen und die Arbeiter bezahlen zu können. Arbeit und wieder Arbeit sei dazu notwendig. Häften wir den Markt wieder errungen und normale Verhältnisse erreicht, würde auch in der Frage der Arbeitszeit mehr geliehen können. Wenn Forderungen aufgestellt würden, dann müßten sie überall vertreten werden können. Dann werde auch erreicht werden, was für Berlin notwendig sei. Mit großer Mehrheit wurde sodann von mehreren vorliegenden Anträgen derjenige angenommen, welcher für Berlin einen Mindestlohn forderte, der einem Stundenverdienst von 2,50 Mk. entspricht. In die Kommission für Verhandlungen mit der Berliner Prinzipalität wurden die Kollegen Mallini, Albrecht, Engelmeier, Grenbitter und Borchmann gewählt. Die übrigen Tagesordnungspunkte wurden bis zur nächsten Generalversammlung verlagert.

**Wochen.** Die erste Bezirksversammlung im freien Deutschland fand am 20. November in Weddinghagen statt und erfreute sich außerst starken Besuchs. Unter Hinweis auf die über Nacht gehommene politische Umwälzung begrüßte Kollege Friedemann die schon zahlreich zurückgekehrten Feldgrauen Kollegen, die fast alle in ihre alten Stellungen wieder eingerückt sind. Zwei im westlichen Rückzugskampfe gesallene Kollegen wurden geehrt. Nach den bisherigen Feststellungen hat der Bezirk im Westkrieg 54 Verluste zu verzeichnen. Der Vorsitzende besprach an Hand von Rundschreiben des Gau und des Verbandsvorstandes die durch den bevorstehenden Friedensschluß wie durch die Revolution auch für unsere Organisation geschaffene außerordentlich schwierige Lage und erluchte um treue Mitarbeiter, besonders der Vertrauensmänner, damit der Übergang zur Friedenswirtschaft glücklich überwunden werde. Die Mitteilung, daß das Tarifamt in Berlin einen Buchdruckeramt gebildet und die achttündige Arbeitszeit einzuführen beschlossen habe, wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Kollege Schuffer vertrat den Standpunkt, daß, wenn der Achtundtag allgemein eingeführt werde, die Maschinenleher eine kürzere Arbeitszeit beantragen könnten, und hat, dafür einzutreten. In einem großzügig angelegten Referat unseres Gauvorsitzers Albrecht: „Im Wirbel des Wanders“ kam der kurze Werdegang der Revolution zum Ausdruck. Die durch die verfehlte Politik der ehemaligen Machthaber erzeugte Mißstimmung, die drückende Not und der an dem Volke verübte Betrug habe die Bahn geebnet für die Errichtung der Volksrepublik. Redner erläuterte auch die Ursache zu dem entschlossenen Vorgehen der Matrosen, die Entsehung der Arbeiter- und Soldatenräte sowohl wie die bisherigen Maßnahmen der neuen Regierung. Die neue Regierung ließe aber vor ungeheuren Aufgaben, die zu erfüllen außerst schwierig sei; doch würden die Wahlen zu der baldigst einzuberufenden Nationalversammlung zeigen, daß das Volk Vertrauen zu den neuen Männern habe. Jeder müsse tatkräftig mitwirken an dem Auf- und Ausbau des neuen Deutschland. Der lebhafteste Beifall, der dem Redner gezollt wurde, ließ so recht die Stimmung der Versammlung erkennen. In der folgenden kurzen, mit dem Redner übereinstimmenden Aussprache betonte besonders Kollege Moß, daß es jetzt an der Zeit sei, sich mehr wie bisher auf politische Gedichte zu befähigen und Leser der Arbeiterpresse zu werden. Unmüde erfolgte die Ergrüfung von fünf Kollegen, die sich im letzten Kriegsjahre der kaffischen Reihe untrer Jubilare hinzugesellten, die länger als 25 Jahre dem Verband angehören. Leider konnten nur die Kollegen Heinrich Haas und Johann Meyer anwesend sein, während die Kollegen Karl Stelling, Hans Scheffel und Wilhelm Dermichel, weil noch im feldgrauen Koch, am Erscheinen verhindert waren. Kollege Friedemann begrüßte die neuen Jubilare namens des Bezirksvorstandes und Kollege Albrecht namens des Gauvorstandes. Ein Diplom soll ihnen bei späterer feierlicher Gelegenheit überreicht werden. Möge es diesen braven Kämpfern noch lange vergnügt sein, als Vorbilder in unserm Verband zu wirken. Nach Erledigung einiger eingegangener Anträge und einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden fand die denkwürdigste Versammlung mit einem begeistert ausgeprochenen Hoch auf den Verband und die neue deutsche Republik ihren Abschluß.

**Darmstadt.** Die am 23. November stattgehabte Versammlung war der Zeit entsprechend gut besucht. Der zweite Vorsitzende Hildebrandt eröffnete die Versammlung mit besonderer Begrüßung der zahlreich erschienenen feldgrauen Kollegen. Er streifte die Umwälzung der Zeit und mahnte, daß jeder zur Erhaltung der Ordnung beitragen möchte. Die verstorbenen und gesallenen Mitglieder wurden geehrt. Bei Abrechnung des zweiten und dritten Quartals wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Den Kriegserlösen wurden zu Weihnachten 10 Mk. und für jedes Kind 2 Mk. bewilligt. Kollege Balzer wollte den Antrag betreffs Geldbewilligung dahin erweitert haben, daß auch die durch den Krieg verkrüppelten Invaliden bedacht werden, wozu ohne Debatte einstimmig zugestimmt wurde. Kollege Böhmke bemängelte die Ausfüllung der Formulare bei Krankheitsfällen. Zum Ge-

wehenschaftskartell wurden zwei Kollegen als weitere Delegierte gewählt. Die Einführung des Achtstundentages wurde von den Kollegen Ernst, Müller und dem Vorsitzenden ausführlich behandelt. Der erste Vorsitzende Knoblach ist auch Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats.

**Duisburg.** Der Wpdruck, der auf dem deutschen Volke lastete, ist gewichen. Neues Leben kehrt wieder ein. Auch in unserm Ortsverein, das zeigte die Versammlung am 24. November. Zahlreich waren die Kollegen erschienen, um die zurückgekehrten Feldgrauen zu begrüßen. Eingangs der Versammlung gedachte der Vorsitzende Panzer der zurückgekehrten Kollegen mit Worten herzlicher Begrüßung und stufte ihnen den Dank der Zurückgebliebenen ab für das treue Ausharren zur Verteidigung unserer Grenzen. Als Opfer des nunmehr bedenklichen Völkerrings beklagt der Ortsverein 22 Kollegen, 8 sind in der Heimat gestorben. Bezüglich der Anferbringung der aus dem Heeresdienst entlassenen Kollegen glaubte der Vorsitzende feststellen zu können, daß sich wohl alles glatt abwickeln werde! Die Prinzipale haben sich, wie am Schluß der Versammlung bekannt wurde, verpflichtet, die früher Beschäftigten wieder einzustellen und außerdem einen Prozentfuß der Arbeitslosen (Betriebe mit 6 und mehr Gehilfen 1, mit 13 und mehr 2 Arbeitslose) einzustellen. Ferner haben die Prinzipale beschlossen, den Achtstundentag vom 25. November ab einzuführen. Unser aus dem Felde zurückgekehrter Vorsitzender Paletski unterstrich in längeren Ausführungen die Pflicht der Prinzipale, in erster Linie die Zurückgekehrten zu berücksichtigen. Beschlossen wurde, aus der Ortskasse den hiesigen arbeitslosen Kollegen einen Zuschuß von wöchentlich 30 Mk. zu gewähren. (Da wird die Duisburger Ortskasse aber bald ihren Betrieb einstellen können. Red.) Zum letzten Punkte wurde beschlossen, in diesem Jahr eine Weihnachtsfeier zu veranstalten, verbunden mit Ergrüfung untrer Verbandshäuser. Im Beirat kommen die Kollegen S. Königshausen (50 Jahre), E. Köhler, S. Koch und L. Schmidt (25 Jahre).

**Essen.** Ortsversammlung vom 24. November. Seit langer Zeit ein vollbesetztes Haus! Die Stürme der Revolution haben auch unsre Kollegen außerordentlich aus dem qualvollen, erlittenden Druck der Kriegs- und Hungerjahre. Neues Hoffen auf bessere Zeiten leuchtet aus den sonst so müden Gesichtern. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der Opfer des Weltkrieges, der aus untrer Reihe 49 forderte, begrüßte sodann die schon zurückgekehrten Feldgrauen und gedachte ebenfalls der Kriegsgefangenen, besonders aber untrer Vorstehenden Kraus, und schloß mit der Hoffnung, daß es ihnen vergönnt sei, recht bald wieder zurückzukehren. Das Andenken zweier an der Grippe verstorbenen und eines gesallenen Kollegen wurde geehrt. Sodann erhielt Kollege Albrecht (Sohn) das Wort zu einem Vortrag: „Im Wirbel des Wanders“, in dem der Redner die Vorgänge der letzten Wochen in ihrer historischen und kulturellen Bedeutung für die Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk behandelte. Einige waren sich Redner und Versammlung in der Auffassung, daß man sich unter Ablehnung jeglicher Art von Bolschewismus geschlossen hinter die neue Regierung stellen muß. Die Hauptaufgabe sei jetzt, Ruhe und Ordnung zu schaffen, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern und zu festigen. Ein erfreuliches Ergebnis der neuen Zeit sei die Anerkennung des Tarifs durch die Firma Krupp. Noch vor einem halben Jahre weigerte sich dieselbe, diesen Verlangen nachzukommen. In logischer Folgerung dieser Wandlung suchten und fanden zwölf Kollegen dieser Firma den Anschluß zur Organisation. Außer diesen wurden noch fünf weitere Kollegen aufgenommen, darunter zwei von Reismann-Grone. Ausgeschlossen wegen Restierens wurde ein Geher. In der Besprechung über die Einführung der achttündigen Arbeitszeit wurde gewünscht, daß die Abendstunden gestrichelt würden und nicht, wie allgemein von den Druckereien angeordnet, die Morgen- und die Mittagszeiten. Bei gutem Willen sei das auch möglich. Kollege Albrecht wurde beauftragt, in diesem Sinne bei dem neugegründeten Buchdruckeramt zu wirken. In den erweiterten Beirat des Arbeiter- und Soldatenrats, der sich aus Vertretern der freien und christlichen Gewerkschaften sowie der Angestelltenverbände zusammensetzt, wurden außer den Kartelldelegierten Bochmühl und Groschopf die Kollegen Wieden und Knipping gewählt.

**O. S. Offenbach a. M.** Die am 23. November stattgehabte Bezirksversammlung hatte wieder ein Aussehen wie vor dem Kriege, denn man sah wieder viele alte bekannte Kollegen, die der Krieg über vier Jahre von der heimischen Wirkungsstätte fernhielt. Das wichtige Thema eines Vortrags mochte wohl die Ursache des guten Versammlungsbesuchs sein. Der Vorsitzende des Offenbacher Arbeiter- und Soldatenrats, Herr Georg Kauf, referierte über: „Revolution und Gewerkschaften“. Dieser zeitgemäße und sehr interessante Vortrag fesselte die Zuhörer von Anfang bis zu Ende. Auch der umfangreiche Kartellbericht, den Arbeitersekretär Heilmann erstattete, wurde von den Anwesenden mit regem Interesse angehört. Eine Diskussion hieran wie auch an den Vortrag des Herrn Kauf knüpfte sich nicht; ein Beweis, daß die Kollegen mit den Ausführungen wirklich einverstanden waren.

**Quedlinburg.** Die drei letzten Versammlungen des Ortsvereins hatten sich, wie fast sämtliche früheren, ausgiebig mit der Ernährungsfrage zu beschäftigen, die jetzt hier mit der Anerkennung der Kollegen und Bezahlung als erhöhte Schwerarbeiter wohl den zur Zeit allein möglichen Abschluß gefunden haben dürfte. — Der in der Ortsversammlung gegebene Kassierenbericht über das dritte Vierteljahr 1918 ergab einen Überschuß von 22,94 Mk.

Das Vermögen des Ortsvereins betrug am Vierteljahres-schluß 388,72 Mk. — Im November machten sich durch die sich überfüllenden Ereignisse zwei Versammlungen nötig. Gegenstand der Beratung waren hauptsächlich die durch die Kohlenknappheit bedingte örtliche Arbeitszeitverlängerung und die infolge der Bekanntmachungen des Tarifamts sich nötig machenden Schritte zur Einführung des Achtstundentages usw. Eine Eingabe um Zulassung einer längeren Arbeitszeit seitens der Firma Köppler, dem Ortsvereine vom Magistrat zur Begutachtung überwiesen, wurde ablehnend beantwortet. Aussprachen über die tariflichen und organisatorischen Verhältnisse, die Arbeitslosen und die Wohnungsfragen sowie die Berichte der Kartelldelegierten gestalteten die durchweg gut besuchten Versammlungen zu sehr belebenden und anregenden.

**y-r. Weimar.** (Vierteljahrsbericht.) Die im August in Oberweimar abgehaltene Wanderversammlung ehrte zu Eingang das Andenken dreier aus dem Felde der Ehre gesallenen Kollegen. Nach gebrühter Vierteljahrsabrechnung erstatteten die Revisoren Bericht über die in Ordnung gesundene Kasse und Bücher. Die Einführung der Feuerungszulagen ging am Orte glatt vonstatten. Infolge Amtsindeberlegung der Kollegen Kühn und Neues wurden als Kassenprüfer für die Verbände, Gau- und Weltweitenteile die Kollegen Röhl und Mund gewählt. Den beiden Ausscheidenden sei, auch an dieser Stelle für ihre langjährige Vertrauensarbeit verdienter Dank ausgesprochen. — Die Ortsbörseversammlung brachte neben verschiedenen geschäftlichen Mitteilungen die Neuaufnahme zweier Kollegen. Ein interessantes Referat über „Wohnungsfrage“, das besonders die jehigen Mietschwierigkeiten kritisierte, gab den Kollegen einen Einblick in das Landgenossenschaftswesen und dessen gegenseitige Einrichtungen. — Am Aufzuge sollte die diesjährige Jubiläumssammlung künftighin besonders gewürdigt werden. Aus diesem Grunde trafen sich die Wpdrucker, Senea und Weimarer Kollegen unter starker Beteiligung in Kapellendorf, dem Ort, in welchem vor 50 Jahren zwölf Senea und zehn Weimarer zum ersten Male zusammenkamen, um dem Zusammengehörigkeitsgefühl neben freier, ungesungener Aussprache über die gewerbliche Lage Genüge zu tun. Ein historischer Rückblick ließ Erinnerungen wach werden und spiegelte die „Jüngeren“ die Bedeutung dieses Tages erkennen. In verschiedenen Räumlichkeiten untergebracht, sprachen die Kollegen, zum Teil mit Damen, auch den materiellen Genüssen kräftig zu, so daß eine später einlebende Gemüthlichkeit besonders die Weimarer bis zum späten Abend befeimtenhielt.

## □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Verband des „Korr.“ nach den besetzten Gebieten und den neutralen Ländern.** Vom 1. Dezember ab sind auch für den „Korr.“ die einschränkenden Bestimmungen in Kraft gekommen, die namentlich in den letzten zwei Monaten stark waren. Da bis Ende November in der einen Hinsicht (Anzeigensfortfall) eine Übergangszeit zugelassen war, so haben die Besetzer des Verbandsorgans in den nichtfallierten Ländern wohl eigentlich keine Unterbrechung in den Kauf nehmen müssen. Anders ist es in den besetzten Gebieten Deutschlands. Hier tritt vorübergehend vollständige Einstellung des Postverkehrs ein, bis dann die ausländische Zensur sich infalliert hat. Die Abonnenten in diesen Teilen tun gut, bei ihrer Postanstalt die ausgebliebenen Nummern nachgeliefert zu verlangen. Mit dem Leipzig Postamt ist eine Vereinbarung getroffen, daß nach besetzten Städten der „Korr.“ in der abonnierten Anzahl nachträglich zur Verblendung gelangt.

**Nachahmenswerte Beispiele.** In Mülheim (Ruhr) brachten sämtliche Drucker die Dezemberzulage bereits in der ersten Woche des November zur Auszahlung. Die Firma Wilhelm Brühmann bewilligte ihrem Personal außerdem eine besondere Feuerungszulage, und zwar für jeden Gehilfen 100 Mk.; ferner gewährt sie eine Woche Ferien. — In Stendal hat die Altmärkische Druck- und Verlagsanstalt, G. m. b. H. („Stellungsblatt“), an die verheirateten Gehilfen 50 Mk., an die unverheirateten 25 Mk. als einmalige Beihilfe zur Auszahlung gebracht. Während des Krieges zahlte die Firma an die Familien der Eingezogenen wöchentlich 8 Mk. Unterstützung. — Die Firma R. Kühn in Elbing zahlte die Dezemberzulage bereits am 1. November aus. Buchdruckerei und Verlag der „Elbinger Zeitung“ haben dem gesamten Personal eine Lohnaufbesserung angefallen, den Gehilfen eine solche von 33% Proz. auf Lohn und Feuerungszulage. Erstmalig kam sie am 30. November zur Auszahlung. — In Duisburg machte die Firma Girardet & Co., G. m. b. H. („Niederrheinische Nachrichten“), am 1. Dezember ihrem Gesamtpersonal wiederum eine außerordentliche Zuwendung, und zwar je nach der Dauer der Geschäftszugehörigkeit und der Kinderzahl.

**Buchdrucker im Arbeiter- und Soldatenrat.** In Heidelberg: Karl Schneider. — In Frankenburg (Harz): P. Balzer, S. Bernstein, H. Graubauer und D. Sampa. — In Krimmitschau: Christian Kandler. — In Bries: A. Beer und S. Heilig. — In Barmb.: Otto Schanow. — In Donauwörth: Anton Eichenlohe und Hans Hofmann. — In Lönndorn (Nordholsheim): Gustav Rothe. — In Salzwedel: Albert Schulz-Bornien. — In Röhiau: Paul Bullick. — In Ziffau: Oskar Bilschopf, Wilh. Scholz, Joseph Döbler und Richard Wiskel. — In Weiskensels: Walter Kanis. — In Griesheim a. M.: Georg J. Gooden. — In Trebbin (Kreis Teltow): Karl Pommerenke für die Nach-Gr.-Abt. 9, Eitelich Witz. — In Urm: F. Liebrandt. — In Neu-

